

Landkreis Ravensburg

den 06. Nov. 2014

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 02.10.2014 im Landratsamt Ravensburg, Friedenstr. 6, 88212 Ravensburg, Sitzungssaal
6. OG

Dauer 14:00 Uhr bis 16:45 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Rolf Engler,

Herr Thomas Kellenberger,

Frau Dr. Silke Rieser,

Herr Daniel Steiner,

Herr Josef Wurm,

Vertretung für KR P. Müller

FWV

Herr Matthias Grad,

Herr Hans Peter Künst,

Frau Christa Stierle,

Vertretung für KR M. Lang

SPD

Herr Peter Clément,
Frau Gisela Müller,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Liv Pfluger,
Herr Siegfried Spangenberg,

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Dieing,

Die Linke

Herr Lars Raible,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Frau Marlene Gegenbauer,
Herr Knut Immeke,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Markus Thiel,

Gäste

Frau Waltraud Mielke-Ruckh,

Verein Frauen und Kinder in Not e.V. - zu
TOP 5

Abwesend:

CDU

Herr Clemens Moll,
Herr Peter Müller,
Herr Wolfgang Pfefferle,

wird vertreten von KR Wurm

FWV

Herr Markus Ewald,
Herr Michael Lang,

wird vertreten von KRin Stierle

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Ausgelegte Tischvorlagen:

Faltblatt des Vereins "Frauen und Kinder in Not e.V.", zu § 5

Austauschblatt mit neuem Beschlussvorschlag, zu TOP 6

Protokollauszug der Sitzung am 25.03.2014, zu TOP 7

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Benennung der Fraktionssprecher
- 2 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden
- 3 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 4 Unterbringung von Asylbewerbern - Sachstandsbericht
- 5 Verein Frauen und Kinder in Not e. V.: Förderung der Interventionsarbeit - Beschluss
- 6 Projekt "Zuverdienst für psychisch Kranke" - Öffnung für Rentner? - Beschluss
- 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche - Sachstandsbericht
- 8 Integration von Menschen mit Behinderung: Ergänzende Lohnkostenzuschüsse - Sachstandsbericht
- 9 Anfragen und Bekanntgaben

Nichtöffentliche Sitzung

- 10 Anfragen und Bekanntgaben

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 22.09.2014 zu dieser Sitzung eingeladen.

Öffentliche Sitzung

§ 1

Benennung der Fraktionssprecher

Der Vorsitzende trägt vor:

„Meine Damen und Herren, zu Beginn jeder Legislaturperiode ist es üblich, für jeden Ausschuss des Kreistags Fraktionssprecher zu benennen. Ich bitte nun um entsprechende Vorschläge für den Sozialausschuss.“

Für die CDU-Fraktion wird benannt: KR Engler

Für die FWV-Fraktion wird benannt: noch unbenannt

Für die Grünen-Fraktion wird benannt: KRin Pfluger

Für die SPD-Fraktion wird benannt: KRin Müller

Für die ÖDP-Fraktion wird benannt: KR Prof. Dr. Dieing

§ 2

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Der Vorsitzende trägt vor:

„Meine Damen und Herren, nach § 35 Absatz 3 der Landkreisordnung und § 4 der Hauptsatzung ist der Landrat Vorsitzender der beschließenden Ausschüsse. Er kann seine ständige allgemeine Vertreterin, Frau Meschenmoser, mit seiner Vertretung im Vorsitz beauftragen. Für den Fall der (wohl seltenen) Verhinderung des Landrats und seiner allgemeinen Stellvertreterin sollte aus der Mitte dieses Ausschusses ein weiterer Stellvertreter bzw. eine weitere Stellvertreterin zur Verfügung stehen.

Ich darf deshalb um entsprechende Vorschläge bitten.“

KR Wurm schlägt KR Engler vor.

Der Vorsitzende regt an, offen über den Vorschlag abzustimmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände vorgebracht.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Ausschuss bei einer Enthaltung **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

KR Engler wird zum stellvertretenden Vorsitzenden im Sozialausschuss gewählt.

§ 3

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokollentwurf der Sitzung am 27.05.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 4

Unterbringung von Asylbewerbern - Sachstandsbericht

Frau Raedler nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsvorlagen (siehe Anlagen) und informiert über die aktuelle Situation.

Herr Thiel geht auf die Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten ein. Die in der Vorlage aufgeführte Zahl von 657 im Landkreis zu verteilenden Asylbewerbern habe sich mittlerweile bereits auf 766 erhöht.

KR Spangenberg lobt die Arbeit der Verwaltung. Die Mitarbeiter seien einer hohen Beanspruchung ausgesetzt. Erfreulich seien auch die offene Einstellung in der Bevölkerung und

die zunehmende Aufgeschlossenheit der Bürgermeister.

Er bittet um Mithilfe bei der Lösung des folgenden Problems: Vereinzelt gebe es Angebote von Wohnungsaufösungen. Allerdings würden die Lagermöglichkeiten für die Übergangszeit bis zum Aufbau in den Flüchtlingsunterkünften fehlen. Daraus resultierende Absagen würden wiederum die Hilfsbereitschaft ausbremsen. Deshalb appelliert KR Spangenberg an die Landkreisverwaltung, die Helferkreise bei den Lager- und Verteilungsarbeiten zu unterstützen.

Frau Raedler zeigt Verständnis für diese Ansinnen, die Umsetzung gestalte sich jedoch schwierig. Zum einen fehle der Landkreisverwaltung das Personal, zum anderen würden die gespendeten Möbelstücke nicht immer in die Räumlichkeiten passen oder den hygienischen Anforderungen entsprechen. Bislang verfare die Verwaltung nach folgender Regel: Einzelne Gegenstände: ja (werden auch abgeholt), aber ganze Wohnungsaufösungen: nein.

Auf Wunsch von KRin Müller sagt Frau Raedler zu, die Präsentation an die Mitglieder des Sozialausschusses zu versenden.

KRin Müller regt an, für die auslaufenden Mietverhältnisse entsprechende Verlängerungsmöglichkeiten zu eruieren.

Frau Raedler teilt mit, dies bereits auf ihrer Agenda zu haben.

KRin Müller kritisiert die auf Seite 7, Ziffer 6, Nr. 7 vorgesehene Belegung von „Mülldeponien“ mit Wohnmodulen als schlimme Wortwahl.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt in Zusammenhang mit den Möbelspenden eine Kooperation mit der Caritas vor. Eventuell könne das Kaufhaus Fairkauf eine Zwischenlagerung anbieten.

Frau Raedler meint, dass die Caritas grundsätzlich andere Zwecke verfolgt. Fairkauf wolle in erster Linie eine günstige Einkaufsmöglichkeit für Bedürftige schaffen und nicht die Ausstattung von Flüchtlingsheimen übernehmen.

KRin Pfluger wünscht nähere Ausführungen zu den Themen Anschlussunterbringung, Sozialbetreuung und Abschiebung.

Frau Raedler verweist auf die Zuständigkeit der Gemeinden bei der Anschlussunterbrin-

gung. Verständlicherweise bringe es die Gemeinden in die Bredouille, die Erstunterbringung, die Anschlussunterbringung und die Obdachlosenunterbringung zu bewältigen. Bei der Festlegung der Aufnahmequoten sei es im allgemeinen Bestreben gewesen, hier sämtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Für eine ausreichende Sozialbetreuung habe sie den Bereich Migration durch interne Umsetzungen verstärkt. Die Erfüllung von Betreuungsaufgaben werde auch bei der Beratung des Stellenplans 2015 von wesentlicher Bedeutung sein. Dabei gehe es nicht nur um die Finanzierung der reinen Betreuungsleistungen, sondern auch um die zunehmenden Belastungen in anderen Bereichen (z.B. Hausmeister, Planung oder Technik) oder auch um die Einrichtung eines Arbeitsplatzes für den Sozialarbeiter. Ein solcher würde die Arbeitseffizienz verbessern, aber auch zur deutlichen Reduzierung der Fahrzeiten beitragen.

Herr Thiel führt aus, dass die Abschiebungen von der Polizei vollzogen werden. Nicht immer werde die Verwaltung im Vorfeld darüber informiert. Falls doch, müsse das Sozialdezernat darüber Stillschweigen bewahren.

Frau Raedler lenkt den Blick auf „die zwei Seiten der Medaille“. Zwar gehe jedes Einzelchicksal nahe, allerdings müsse man die Problematik auch im Ganzen sehen. Gerade auch wegen der derzeitigen Aufgeschlossenheit in der Bevölkerung stehe der Staat in der Pflicht, eine gerechte Auswahl zu treffen und Menschen ggf. wieder abzuschieben.

KR Steiner hält es für erforderlich, in der Tabelle zur Verteilungsquote von Asylbewerbern eine zusätzliche Spalte mit den tatsächlich vorhandenen Plätzen vorzusehen.

Herr Thiel schildert die Hintergründe und Überlegungen, die zur Tabelle in der jetzigen Form geführt haben. In dieser Ausgestaltung sei diese von allen Gemeinden akzeptiert worden.

KR Steiner entgegnet, dass diese Darstellung jedoch vom tatsächlichen Ist-Zustand abweicht und erhebt sein Ansinnen zum **Antrag**, vor allem, um die Bemühungen der ländlichen Gemeinden zu dokumentieren.

Frau Meschenmoser bittet um gegenseitiges Verständnis. Die Tabelle sei mit viel Mühe zu einem Stichtag erstellt worden. Die Aktualisierung mit einer weiteren Spalte wäre ein sehr hoher Aufwand. Sie bietet an, in einer allgemeinen Fußnote zu vermerken, dass der Stand zum Stichtag vor Ort im Einzelfall vom tatsächlichen Angebot abweichen kann. An der Liste selber solle nicht mehr manipuliert werden.

Frau Raedler ergänzt, dass es weniger um die Einrichtung der Spalte, als vielmehr um die notwendige Aktualisierung derselben geht. „tatsächlich frei“ bedeute nicht immer „geeignet“, zumal, wenn vor Ort auch noch entsprechende Wünsche geäußert werden.

KR Engler und Herr Thiel tauschen sich über ein mögliches Objekt in der Gartenstraße in Ravensburg aus.

Auch KR Engler bestätigt die „Herkulesaufgabe“, die Verteilungsquoten zu ermitteln. Er fragt nach einer Liste der möglichen Anschlussunterbringung für die Mitglieder des Sozialausschusses.

KR Kellenberger erwähnt die große Bereitschaft der Gemeinden, sich so gut wie möglich einzubringen und auch als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Die Option, die Sozialbetreuung gegen Kostenerstattung an die Gemeinden zu übertragen, sei ein guter Ansatz.

Frau Raedler erklärt nochmals das Konstrukt der Kostenpauschale des Landes. Allerdings decke diese nicht die Investitionskosten ab.

Auf Nachfrage von KR Kunst differenziert Herr Thiel:

- Während des Asylverfahrens handelt es sich um die „Vorläufige Unterbringung“
- Nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens oder nach 24 Monaten spricht man von „Anschlussunterbringung“

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Sozialausschuss den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

§ 5

Verein Frauen und Kinder in Not e. V.: Förderung der Interventionsarbeit - Beschluss

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsvorlagen (siehe Anlagen) und führt in die Thematik ein.

Frau Mielke-Ruckh teilt die Faltblätter des Vereins aus und stellt die Interventionsarbeit im Einzelnen vor.

KR Engler spricht dem Verein seinen Dank aus und fragt nach ergänzenden Angaben: z.B.

- Ist es personell leistbar, den gesamten Landkreis zu betreuen?
- Erreichbarkeit auch am Wochenende (in der Regel höheres Spannungsfeld als an Wochentagen)?
- Vergleich Stadt und ländliche Regionen?

Frau Mielke-Ruckh führt aus, dass die auf den gesamten Landkreis ausgedehnte aufsuchende Beratung anfangs gar nicht aufgegriffen worden sei. Im ersten Jahr habe es keinen Fall gegeben, im zweiten Jahr 6 Fälle. Insofern habe sich die Betreuung des gesamten Kreises gut organisieren lassen. Der Schwerpunkt der Arbeit liege bei der telefonischen Beratung. Diese sei allerdings deutlich angestiegen.

KRin Pfluger nimmt Bezug auf die über 40 % der Betroffenen, die bei ihrem Partner bleiben und fragt, ob Wiederholungen in der Statistik erfasst werden.

Frau Mielke-Ruckh erklärt, diese Quote bislang noch nicht erfasst zu haben. Nach ihrer Einschätzung handle es sich aber nur um wenige Fälle.

KRin Pfluger und KRin Müller legen Wert darauf, die Personalkosten mit einer Tarifbindung zu versehen.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis und fasst

einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Interventionsarbeit des Vereins „Frauen und Kinder in Not e. V.“ wird ab 01.01.2015 vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt in der bisherigen Höhe von 36.000 € pro Jahr gefördert.
2. Die Finanzierung der Interventionsstelle wird künftig als Teil der Gesamtfinanzierung des Vereins „Frauen und Kinder e. V.“ behandelt. Künftige Veränderungen der Bezuschussung werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der Finanzierung des Vereins entschieden.

3. Die Verwaltung wird daher beauftragt, bis zum 31.12.2016 eine neue Vereinbarung über die Finanzierung des Frauenhauses und der Beratungsstelle unter Darstellung und Berücksichtigung aller Angebote sowie der Rechtsprechung zur Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus nach § 17 Abs. 2 SGB II und § 36 a SGB II zu schließen.

§ 6

Projekt "Zuverdienst für psychisch Kranke" - Öffnung für Rentner? - Beschluss

Frau Gegenbauer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die geplante Öffnung des Projekts.

KR Engler möchte die Öffnung des Projekts aus Kostengründen nicht unbegrenzt wissen. Fürs erste solle eine Begrenzung auf zwei Jahre erfolgen, verbunden mit der Berichtspflicht und Hochrechnung der weiteren Kostenentwicklung.

Frau Gegenbauer verteilt das Austauschblatt mit einem aktualisierten Beschlussvorschlag (siehe Anlage).

KRin Müller bezeichnet die Öffnung des Projekts als „win-win-Situation“ für alle Beteiligten.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Sozialausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

- 1.) Der Sozialausschuss stimmt einer Öffnung des Projektes „Zuverdienst“ für Personen ab Erreichen der Regelaltersgrenze vorläufig bis Ende 2016 zu.
- 2.) Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist über den Verlauf des Projektes insbesondere mit der Zielgruppe der Senioren zu berichten und über eventuelle Modifizierungen zu entscheiden.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehende Vereinbarung mit der Trägergemeinschaft GPV vom 01.12.2010 entsprechend anzupassen.

4.) Die Budgetierung des Projektes „Zuverdienst“ wird aufgehoben.

§ 7

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche - Sachstandsbericht

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die verteilte Tischvorlage (siehe Anlagen) und erläutert den Stand der noch offenen Anträge Nr. 2, 3, 5 und 6.

KRin Pfluger betont, dass der Antrag der Grünen-Fraktion keinen Affront gegen die Verwaltung darstellen sollte. Die Fraktion habe sich mit der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche intensiv auseinandergesetzt und wolle die Aufmerksamkeit auf das Thema lenken. Es sei notwendig, hier differenziert zu beobachten und bei Bedarf präventiv zu wirken. Sie schlägt den Bogen von der AG Teilhabe zur Kreisstrategie. Die Festlegung einer gemeinsamen Grundlinie und des weiteren Vorgehens bei der Kinder- und Jugendhilfe sei die grundlegende Voraussetzung für die Kreisstrategie. Nur so könne die weitere Gremienarbeit fruchtbar und ergebnisorientiert geführt werden.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Sozialausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Antrag Nr. 2 wird abgelehnt.
2. Der Antrag Nr. 5 ist derzeit in Umsetzung. Über den Sachstand wird nach Vorliegen der Ergebnisse voraussichtlich Mitte 2015 berichtet.
3. Der Bedarf für Antrag Nr. 6 wird erhoben. Anschließend wird dem Sozialausschuss berichtet.
4. Der Antrag Nr. 3 wird weiterhin zurückgestellt, bis das Bundesleistungsgesetz in Kraft getreten ist.

§ 8

Integration von Menschen mit Behinderung: Ergänzende Lohnkostenzuschüsse - Sachstandsbericht

Frau Gegenbauer verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und berichtet über den bisherigen Verlauf des Projekts.

KR Engler betont die sozialpolitisch wertvollen Aspekte von Arbeit für die Menschen mit Behinderung:

- Wertschätzung
- Erwerb von Rentenansprüchen.

In diesem Kontext habe das Projekt eine große Wertigkeit. Auch der Themenkomplex Mindestlohn/Tariflohn müsse beleuchtet werden. Er fragt nach der Struktur der Arbeitsverhältnisse.

Frau Raedler zählt auf: wenig Verwaltungsbetriebe, einige soziale Träger und vereinzelt produzierendes Gewerbe.

KRin Rieser interessiert sich für die Vermittlung der Arbeitgeber.

Frau Gegenbauer beschreibt das Verfahren: In Berufswegekonferenzen würden nach der Schule die Weichen gestellt. Wenn diese in Richtung Arbeit führen, gehe der Integrationsfachdienst auf die Arbeitgeber zu. Der Fachdienst habe die entsprechenden Kontakte. Von alleine kämen die Arbeitgeber nicht auf die Verwaltung zu.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Sozialausschuss den Bericht zur Kenntnis.

§ 9

Anfragen und Bekanntgaben

Es liegen keine Anfragen oder Bekanntgaben vor.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte